

Vorvertrag mit Microsoft kündigen

Debattenbeitrag zum Antrag „Vorvertrag mit Microsoft kündigen“ vom netzpolitischen Sprecher der LINKEN im Landtag von Sachsen-Anhalt, Jan Wagner:

Herr Wagner (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin deutlich pessimistisch, dass die aufgeworfenen Fragen aus der Einbringungsrede auch nur im Ansatz beantwortet werden, jedenfalls nicht bis zum 30. Mai.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir müssen nach dieser Debatte bei unserer Forderung bleiben, diesen Vorvertrag zu kündigen.

Herr Graner, das war jetzt eine typische sozialdemokratische Konsequenz.

(Herr Graner, SPD: Danke!)

Sie sagen, Sie haben prinzipiell Bedenken, formulieren sie auch, sehen auch Ihre Verantwortung, wenn Sie über Regelungskompetenz reden. Die Maßnahme, die Sie dann fordern, ist eine Überweisung, bei der Sie schon heute wissen, dass jedwede Beschlussempfehlung erst dann ins Plenum zurückkommen kann, wenn nach Maßgabe des Letters of Intent der Vertrag bereits abgeschlossen sein soll.

Es ist keine Konsequenz. Deswegen haben wir hierbei diesen Handlungsbedarf. Ich kann jetzt schon sagen, dem Überweisungsantrag können wir nicht zustimmen. Wir müssen heute darüber befinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß gar nicht, was ich jetzt noch zur Rede des Finanzministers sagen soll.

(Frau Tiedge, DIE LINKE: Lieber nichts!)

Begonnen hat er erst einmal mit dem ITN-XT und dass wir alles ausbauen müssen, was, so glaube ich, gar nicht strittig war. Jetzt muss man dazu sagen: Die Vertreter des LISA, die den Bildungsserver betreiben, waren ziemlich stolz darauf, gerade nicht am Landesdatennetz zu hängen, weil das die Infrastruktur für die Schulen sichert.

(Herr Lange, DIE LINKE, lacht)

Das war klassisch am Thema vorbei, aber danach... – Okay, lassen wir das.

Der Termin 30. Mai ist verbindlich genannt worden. Dass ein Letter of Intent als Vorvertrag unter Partnern verabschiedet wird, ist in der Tat etwas Gewöhnliches. Ungewöhnlich ist aber, wenn einer der Partner dem anderen das Gefühl gibt, als sei seine Absichtsbekundung tatsächlich die Absicht der Körperschaft, die er vertritt, hier die Absicht des Landes. Es gibt bislang keine diskutierte Absicht des Landes, wie wir damit umgehen wollen. Dem potenziellen wirtschaftlichen Partner dies zu suggerieren, ist ein unschickliches Vorgehen, wenn man sich tatsächlich bemüht, die IT-Beschaffung über private Partner zu stemmen.

Zur Empörungskultur: Wie empört ich gerade bin, will ich nicht formulieren. Ich möchte aber doch formulieren, dass ich mir wünschen würde, weniger Gründe für Empörung in diesem Land vorzufinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, ich war vielleicht nicht empört, aber zumindest enttäuscht. Enttäuscht, dass offensichtlich nicht nur ich, sondern auch alle Träger so spät von diesem Vorhaben erfahren haben.

Der Letter of Intent sagt unter anderem aus, dass einer der Anschlussverträge nicht nur auf die IT-Beschaffung abzielt, sondern dezidiert auf die Frage der IT- und Medienkompetenz und damit einen Bereich tangiert, der fachlich nicht mehr beim Finanzministerium, sondern eindeutig beim Kultusminister liegt. Medienbildung beschäftigt – das habe ich vorhin und in meiner Nachfrage deutlich gemacht – viele Leute in diesem Land seit Jahren, die gern weiterkommen wollen und einfach vor den Kopf gestoßen wurden.

Medienbildung in unserem Sinne, so wie wir uns das vorstellen, beinhaltet auch, Technikkompetenz dadurch zu erwerben, dass man in der Schule tatsächlich mit der notwendigen Vielfalt konfrontiert wird. Deswegen ist eine ausschließliche Fokussierung auf eine Firma oder auf ein Produkt nicht das, was wir wollen. Ich sage aber auch – ich möchte hier gar nicht den Eindruck vermitteln, dass sich die heutige Debatte gegen diesen einen konkreten wirtschaftlichen Partner richtet –, dass Medienkompetenz auch heißt, dass Schülerinnen und Schüler gegebenenfalls mit Software der Firma Microsoft umgehen können – aber eben nicht nur.

Es wird eine Weichenstellung für die Zukunft sein, heute damit zu beginnen, die Schülerinnen und Schüler auch mit freier Software vertraut zu machen. Gehen Sie davon aus, dass dies ein notwendiger Bestandteil der IT-Kompetenzvermittlung werden wird.

Moderne IT- und Medienkompetenz erwirbt man auch, wenn man sich mit den Persönlichkeitsrechten und dem Datenschutz auskennt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es ist gerade wichtig, dass sich Schülerinnen und Schüler mit dem Datenschutz in der Schule auseinandersetzen und nicht Software vorfinden nach dem Motto, Shared Services in der Cloud – malschauen, wo die Server stehen. Das ist eine Debatte, die ich heute nicht führen möchte, ohne dass relevante pädagogische Begleitung besteht, die den Schülerinnen und Schülern klar macht: Passt auf, hier wird datenschutzrechtlich bedenklich agiert und hier werden eventuell eure persönlichen Daten an Dritte geliefert, ohne dass ihr hierbei die Möglichkeit der Kontrolle habt.

Ich möchte, dass wir Medienbildung in diesem Land natürlich mit einer hervorragenden IT-Infrastruktur realisieren, aber anhand sinnvoller pädagogischer Maßnahmen, mit ordentlicher Persönlichkeitsbildung und mit einer Sensibilisierung unserer Schülerinnen und Schüler für Persönlichkeitsrechts- und Datenschutzbelange. Deswegen werden wir bei unserer Meinung bleiben, dass dieser Vorvertrag heute abgelehnt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)